



NIEDERSCHRIFT

über die 39. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 28.08.2018,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 20:07



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Georg Schmalz

Michael Schreiner

SPD

Dr. Christine Altstötter-Gleich

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Prof. Dr. Hannes Kopf

Rolf Kost

Florian Maier

Judith Neumann

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller



Aydin Tas

Hans Peter Thiel

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Andrea Heß

Christian Kolain

Sophia Maroc

FWG

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Parteilos

Bertram Marquardt

AfD

Jürgen Sauer

FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Thomas Hirsch



Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Berichterstatter

Ralf Bernhard	(Stadtbauamt)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Ralf Müller	(Amt für Schulen, Kultur und Sport)
Michael Niedermeier	(Stabsstelle Informationstechnologie und Bürgerbeteiligung)
Julia Westermann	(Hauptamt)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Sandra Diehl	(Leiterin Pressestelle)
Dorothea Müller	(Ortsvorsteherin Mörzheim)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Andreas Hott
Bernhard Löffel
Rolf Morio



SPD

Michael Scheid

Bündnis 90/Die Grünen

Udo Lichtenthäler

FWG

Michael Dürphold

Pfeffer und Salz

Jakob Wagner

Beigeordneter

Rudi Klemm



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass Herr Florian Maier neuer Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion sei und Herr Hans Peter Thiel neuer stellvertretender Vorsitzender.

Es bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Verpflichtung von Ratsmitgliedern
3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Aufstellung eines Hochwasserschutzkonzeptes
Vorlage: 101/428/2018
4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einrichtung einer 30 km/h-Geschwindigkeitsbegrenzung im Westring im Bereich des Otto-Hahn-Gymnasiums
Vorlage: 101/429/2018
5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Supermärkte sollen bei Neubauten Wohnungen mitplanen
Vorlage: 101/430/2018
6. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Offizielle Eröffnung des "Kultursommer Rheinland-Pfalz" in Landau
Vorlage: 101/431/2018
7. Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Einführung einer flexiblen Mobilität für die Innenstadt und die Ortsteile
Vorlage: 101/432/2018
8. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Solaroffensive Landau
Vorlage: 101/434/2018
9. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Umgehungsregelung während des Ausbaus der B 10 zwischen Landau-Nord und Godramstein
Vorlage: 101/433/2018
10. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Vergaberichtlinie "Nachhaltige Beschaffung"
Vorlage: 101/435/2018
11. 2. Bericht der Stabsstelle Informationstechnologie und Bürgerbeteiligung zum Aufgabenbereich Bürgerbeteiligung
Vorlage: 090/007/2018



12. Amtszeitverlängerung des Beteiligungsrates
Vorlage: 090/006/2018
13. Verleihung der Ehrenplakette der Stadt Landau an Herrn Theo Kautzmann
Vorlage: 100/253/2018
14. Verleihung der Ehrenplakette der Stadt Landau an Frau Christine Baumann
Vorlage: 100/254/2018
15. Wahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss
Vorlage: 100/255/2018
16. Neubesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 100/256/2018
17. Resolution des Stadtrates zum Ausbau der B 10
Vorlage: 100/257/2018
18. Konzept zur Unterbringung und Betreuung von Menschen in prekären Lebenssituationen
Vorlage: 100/252/2018
19. Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften
Vorlage: 300/143/2018
20. Zweckvereinbarung über die Übertragung der Aufgaben der örtlichen Betreuungsbehörde vom Landkreis Südliche Weinstraße auf die Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 130/057/2018
21. Einstufung des Oberbürgermeisters und Bürgermeisters
Vorlage: 110/074/2018
22. Städtischer Grundbesitz; Veräußerung von Grundstücken im Baugebiet DH6 „Alte Bahnhofstraße“ im Stadtteil Dammheim
Vorlage: 230/333/2018
23. Städtebauliche Sonderkonditionen – Maßnahmenpaket im Zuge der städtebaulichen Sonderkonditionen in den Jahren 2018-2021 –
Vorlage: 240/081/2018
24. Überplanmäßige Ausgabemittel für das Produktkonto 5374.5249 (Abfallrecht, sonstige Aufwendungen für Sachleistungen – Ersatzvornahmen)
Vorlage: 350/109/2018
25. Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für die Stadt Landau
Vorlage: 400/097/2018
26. Sportstättenentwicklungsplanung für die Stadt Landau
Vorlage: 400/098/2018



27. Jahnsportplatz;
Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur"
Vorlage: 820/245/2018
28. Bebauungsplan "MH3, Im Frohnacker - 1. Teiländerung" in Mörzheim;
Aufstellungs- und Offenlagebeschluss gem. Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 610/516/2018
29. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „C 38, Annweilerstraße 17“;
Aufstellungsbeschluss gemäß Baugesetzbuch
Vorlage: 610/517/2018
30. Fortschreibung Einzelhandelskonzept 2018 der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 610/519/2018
31. Quartiersentwicklung „Ufersche Höfe“ in der Landauer Altstadt
Vorlage: 610/520/2018
32. Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH; Jahresabschluss 2017
Vorlage: 810/011/2018
- 32.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2017
- 32.2. Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates
33. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner regte an, mehr Bäume in der Innenstadt zu pflanzen. Die vorhandenen Bäume würden nicht genug Entlastung für das Klima bringen.

Der Vorsitzende verwies auf das Klimaanpassungskonzept, das derzeit aufgestellt werde. Zusätzliche Grüninseln würden darin auch ein Thema sein.

Ein weiterer Einwohner sprach die Vergnügungssteuer, die mit 18 % viel zu hoch sei. Er denke, dass man die Vergnügungssteuer auf 10 % senken müsse.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass diese 18 % ein prozentualer Anteil am Umsatz seien. Unabhängig davon, werde man das Thema Vergnügungssteuer ohnehin angehen.

Ein weiterer Einwohner fragte, ob bekannt sei, das in kurzer Entfernung zum Weißquartierplatz bereits eine Tiefgarage vorhanden sei.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass man den Siegerentwurf des Wettbewerbs kommende Woche im Bauausschuss vorstellen werde. Alle weiteren Schritte und Fragen werde man danach angehen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verpflichtung von Ratsmitgliedern

Der Vorsitzende belehrte die Ratsmitglieder Dr. Christine Altstötter-Gleich und Rolf Kost über ihre Rechte und Pflichten als Ratsmitglied. Er wies besonders auf die Treuepflicht und die Schweigepflicht hin. Herr Kost ist Nachrücker für Frau Monika Vogler, die ihr Mandat zum 30. Juni 2018 niedergelegt hat. Frau Dr. Altstötter-Gleich rückt für Herrn Heinz Schmitt in den Stadtrat nach, der sein Mandat zum 20. August 2018 niedergelegt hat.

Der Vorsitzende verpflichtete die Ratsmitglieder Dr. Christine Altstötter-Gleich und Rolf Kost gemäß § 30 der Gemeindeordnung per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Rechte und Pflichten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Aufstellung eines Hochwasserschutzkonzeptes

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15. Juni 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Die beiden jüngsten Starkregenereignisse hätten gezeigt, dass auch eine Stadt wie Landau von Überschwemmungen bedroht sein könne. Landau verfüge bisher noch über kein Hochwasserschutzkonzept. Es sei gut, dass Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb die Anregung bereits aufgenommen habe. Von daher sehe er den Antrag als erledigt an.

Der Vorsitzende betonte, dass man schon länger an dem Thema arbeite, es aber erst durch die jüngsten Ereignisse eine Dynamik bekommen habe.

Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einrichtung einer 30 km/h-Geschwindigkeitsbegrenzung im Westring im Bereich des Otto-Hahn-Gymnasiums

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 21. Juni 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Die SPD sei vehemente Verfechterin zur Ausweisung von Tempo-30-Zonen. Tempo 30 sei ein Beitrag zur Verkehrssicherheit. Auch der Schulelternbeirat begleite dies in dieser Frage sehr positiv. Daher sollte man die Chance nutzen und an dieser Stelle Tempo 30 ausweisen.

Der Vorsitzende empfahl, den Antrag in den Bauausschuss zu verweisen. Es sollte in das Gesamtkonzept der Tempo-30-Zonen passen.

Ratsmitglied Lerch signalisierte für die CDU-Stadtratsfraktion eine wohlwollende Zustimmung. Er halte es aber für sinnvoll und richtig, die Gesamtsituation zu betrachten.

Der Vorsitzende betonte, dass die Verwaltung kein Problem mit dem Antrag habe und es durchaus positiv sehe.

Herr Bernhard erläuterte, dass es durchaus möglich sei, die bestehende Tempo-30-Zone dorthin zu verlängern.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, im Westring im Bereich des Otto-Hahn-Gymnasiums eine begrenzte 30 km/h-Geschwindigkeitsbegrenzung einzurichten, wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Supermärkte sollen bei Neubauten Wohnungen mitplanen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 28. Juni 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Der Antrag habe durch den vorliegenden Fall eine hohe Aktualität erhalten. Es sei dies als Prüfauftrag an die Verwaltung zu verstehen.

Der Vorsitzende erläuterte, dass man dies ohnehin in diesen Fällen anspreche.

Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Offizielle Eröffnung des "Kultursommer Rheinland-Pfalz" in Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 6. Juli 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Blinn begründete den Antrag. Ziel des Kultursommers sei es, Kulturveranstaltungen vor Ort zu ermöglichen. Die Eröffnung sei jedes Jahr am ersten Maiwochenende in wechselnden Städten. Dabei solle dies immer eine Art Stadtfest sein. Die Ausgestaltung und Finanzierung sei mit dem Land verhandelbar. Allerdings müsse sich die Stadt finanziell beteiligen. Möglich wäre es hier, mit Sponsorengeldern zu arbeiten oder auch einen verkaufsoffenen Sonntag auf ein solches Wochenende zu legen.

Der Vorsitzende erläuterte, dass nach Aussage der Kulturabteilung hierfür städtische Mittel in einer Größenordnung von 200.000 Euro anfallen würden. Insofern empfehle man den Verweis des Antrages in die Haushaltsberatungen 2019. Er gebe zu bedenken, dass man auch noch das Thema Bewerbung Rheinland-Pfalz-Tag habe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die Stadt Landau die offizielle Eröffnung des "Kultursommer Rheinland-Pfalz" durchführen kann, wird in die Haushaltsberatungen 2019 verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Einführung einer flexiblen Mobilität für die Innenstadt und die Ortsteile

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 13. Juli 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Freiermuth begründete den Antrag. Mit dem Auto habe man eine gewisse Mobilität, wohingegen der ÖPNV relative unflexibel sei. Von der Universität Erlangen gebe es nun den Ansatz einer App, um eine Flexibilität auch im ÖPNV zu erreichen. Dies könne ein Anreiz sein, auf das eigene Auto zu verzichten.

Der Vorsitzende erklärte, dass dies ein interessanter Ansatz sei. Es sei dies ein Prüfauftrag für den er vorschlage, ihn in den Fachbeirat Mobilitätskonzept zu verweisen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der FWG-Stadtratsfraktion, die Einführung einer flexiblen Mobilität für die Innenstadt und die Ortsteile von Landau zu prüfen, wird in den Fachbeirat Mobilitätskonzept verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Solaroffensive Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 31. Juli 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. Klimaschutz sei eine allumfassende Aufgabe. Die Vorprüfung des Landauer Klimaschutzkonzeptes habe gezeigt, dass man mit den Landauer Dachflächen 125 % unseres Strombedarfs decken könnte. Man halte eine Diskussion für angemessen, bei Neubauten eine Verpflichtung zu Fotovoltaikanlagen auf den eigenen Dachflächen einzubauen. Wichtig sei, dass dies auch über Dritte, wie beispielsweise Genossenschaften oder Energieunternehmen, realisiert werden könne. Mit einem Verweis in den Bauausschuss habe man kein Problem.

Der Vorsitzende erklärte, dass uns dieses Thema immer wieder beschäftige. Man habe beispielsweise im Gewerbepark teilweise bereits große Anlagen. Er halte es für sinnvoll, dies zusammen mit dem Klimaanpassungskonzept zu diskutieren und schlage daher einen Verweis in den Bauausschuss und in den Umweltausschuss vor.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion für eine Solaroffensive wird in den Bauausschuss und in den Umweltausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Umgehungsregelung während des Ausbaus der B 10 zwischen Landau-Nord und Godramstein

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 1. August 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Der vierspurige Teilausbau der B 10 bis Godramstein sei nicht mehr zu verhindern. Man müsse mit einer Bauzeit von 4 Jahren rechnen. Auch ohne Vollsperrung werde dies zu einer hohen Verkehrsbelastung in den Ortsdurchfahrten, aber auch in der Innenstadt führen. Er wäre daher erforderlich, die Stadt bei den geplanten Umleitungsregelungen einzubinden.

Der Vorsitzende erklärte, dass es hierüber auch schon Gespräche mit dem neuen Leiter des LBM gegeben habe. Es sei zugesichert, dass es immer grundsätzlich einen zweispurigen Verkehr geben werde. Eine weitere Frage sei der Transitverkehr.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der LBM als zuständige Landesbehörde wird aufgefordert, bei der Planung der Umgehungsregelung während des Ausbaus der B 10 zwischen Landau-Nord und Godramstein die Stadt Landau frühzeitig einzubeziehen. Hierbei sind folgende Aspekte bei der Umgehungsregelung zu beachten:

1. Der Verkehr ist großräumig umzuleiten, was für LkW's aus Richtung Osten ab Pirmasens beginnen sollte.
2. Die Umleitungsbeschilderung sind frühzeitig und deutlich erkennbar anzubringen.
3. Das LkW-Durchfahrtsverbot ist für 24 Stunden pro Tag auszusprechen.
4. Die Verkehrskontrollen sind durch eine fest installierte Überwachungsstation, sowie zusätzlich durch mobile Kontrollen der Polizei wirksam vorzunehmen.
5. Die Verhängung von Bußgeldern ist bei Zuwiderhandlungen konsequent umzusetzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Vergaberichtlinie "Nachhaltige Beschaffung"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 20. August 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Follenius-Büssow begründete den Antrag. Fair Trade sei vor allem eine Sache der inneren Haltung. Diese innere Haltung müsse sich in konkrete Handlungen umsetzen. Kommunen hätten eine immense Einkaufskraft. Die Umstellung auf fair gehandelten Kaffee in der Verwaltung sei ein wichtiger, dürfe aber nicht der einzige Beitrag zu Fair Trade bleiben. In Teilbereichen sei die Verwaltung bei einigen Dingen schon auf einem nachhaltigen Weg. Anscheinend gebe es aber keine einheitliche Regelung. Daher sei eine nachhaltige und verbindliche Vergaberichtlinie erforderlich. Die Verwaltung sollte daher auf der Grundlage ihrer rechtlichen Möglichkeiten eine Vergaberichtlinie erarbeiten und dem Stadtrat zur Abstimmung vorlegen.

Der Vorsitzende betonte, dass nachhaltige Beschaffung bereits Thema in der Verwaltung sei. Eine solche Richtlinie aber sei für die Verwaltung mit einem sehr hohen organisatorischen, personellen und finanziellen Aufwand verbunden. Von daher sei der Antrag haushaltsrelevant und sollte daher in die Haushaltsberatungen 2019 verwiesen werden. Bis zu den Haushaltsberatungen könne man dann auch eine erste Übersicht vorliegen, was rechtlich bereits möglich und evtl. schon umgesetzt sei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten eine Vergaberichtlinie zur Beschaffung jeglicher Art von Verbrauchs- und Gebrauchsartikeln zu verfassen, wird in die Haushaltsberatungen 2019 verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

2. Bericht der Stabsstelle Informationstechnologie und Bürgerbeteiligung zum Aufgabenbereich Bürgerbeteiligung

Der Vorsitzende verwies auf die Informationsvorlage der Stabsstelle Informationstechnologie und Bürgerbeteiligung vom 13. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er bat den Leiter der Stabsstelle, Herrn Niedermeier, um seinen Bericht.

Herr Niedermeier verwies auf den vorliegenden Bericht, den der Beteiligungsrat positiv zur Kenntnis genommen habe. Positiv sei auch bewertet, worden, dass es eine selbstkritische Reflexion der Verwaltung und auch des Beteiligungsrates gebe. Außerdem wurde angeregt, auch über neue Themen nachzudenken, in denen bisher Bürgerbeteiligung kein Thema gewesen sei. Einig sei man sich auch, dass eine Evaluation des Beteiligungsrates von außen sinnvoll sei. Die vorgeschlagene Amtszeitverlängerung des Beteiligungsrates um ein Jahr sei einstimmig begrüßt worden.

Der Vorsitzende dankte für die Pionierarbeit, die hier von allen Beteiligten geleistet werde.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass der Beteiligungsrat kein Selbstzweck sei. Es gehe darum, die Sichtweise der Bürger in laufende Prozesse mit einzubringen. Die CDU-Stadtratsfraktion danke allen Mitgliedern des Beteiligungsrates für ihr Engagement.

Ratsmitglied Thiel erklärte, dass der Beteiligungsrat zu einem Erfolgsmodell zu werden scheine. Man habe erfolgreich Neuland betreten. Am Anfang habe es Irritationen hinsichtlich der Aufgabenstellung gegeben. Auch die SPD-Stadtratsfraktion danke allen Mitgliedern des Beteiligungsrates für das gezeigte Engagement.

Ratsmitglied Follenius-Büssow unterstrich, dass es eine sehr sachkonzentrierte Arbeit im Beteiligungsrat sei. Es werde durchaus in der Sache hart diskutiert. Dies müsse auch so bleiben. Bisher habe es nur Themen gegeben, die aus der Verwaltung eingebracht worden seien. Dies zeige auch, dass man den Beteiligungsrat noch mehr bekannt machen müsse in der Stadt. Wichtig und sinnvoll sei auch eine Evaluation der Arbeit des Beteiligungsrates.

Ratsmitglied Freiermuth dankte den Mitgliedern des Beteiligungsrates für das gezeigte Engagement. Man wünsche sich Bürgerbeteiligung, daher sei der Beteiligungsrat eine sinnvolle Einrichtung. Aufpassen müsse man, dass keine Eigeninteressen verfolgt werden. Die FWG-Stadtratsfraktion werde auch der Amtszeitverlängerung zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl betonte die sachliche Arbeit und wertschätzende Kommunikation im Beteiligungsrat. Auf Seiten der Bürgervertreter habe es eine gewisse Fluktuation gegeben, was nicht besonders günstig gewesen sei. Großen Nachholbedarf gebe es bei der Frage, wie man schwierige Themen wie beispielsweise den Haushalt an den Bürger bringen könne. Ein weiterer Punkt sei die Themensetzung. Insgesamt sei man mit dem Beteiligungsrat noch ziemlich am Anfang des Weges.

Der Stadtrat nahm den Bericht zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Amtszeitverlängerung des Beteiligungsrates

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stabsstelle Informationstechnologie und Bürgerbeteiligung vom 13. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Amtszeit des aktuellen Beteiligungsrates wird bis zum 31. August 2019 verlängert.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Verleihung der Ehrenplakette der Stadt Landau an Herrn Theo Kautzmann

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 24. Juli 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

Der Stadtrat verleiht Herrn Theo Kautzmann, Landau in der Pfalz, die Ehrenplakette der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Verleihung der Ehrenplakette der Stadt Landau an Frau Christine Baumann

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 26. Juli 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat verleiht Frau Christine Baumann, Landau in der Pfalz, die Ehrenplakette der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Wahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 26. Juli 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt

1. Herrn Hans Peter Thiel, Bauerngasse 36, 76829 Landau in der Pfalz
2. Herrn Dr. Thomas Bals, Hans-Boner-Straße 4, 76829 Landau in der Pfalz

als Vertrauenspersonen in den Schöffenwahlausschuss.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Neubesetzung von Ausschüssen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 22. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt:

- a) Herrn Armin Schowalter, August-Croissant-Straße 46, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Hauptausschuss
- b) Herrn Florian Maier, Meisenstraße 8, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Bauausschuss
- c) Herrn Klaus Eisold, Godramsteiner Straße 57, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Jugendhilfeausschuss
- d) Dr. Hans-Jürgen Blinn, Guldengewann 2, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in das Kuratorium Volkshochschule,
- e) Herrn Hermann Demmerle, Am Jagdstock 40, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Aufsichtsrat Klinikum Landau-Südliche Weinstraße GmbH
- f) Frau Magdalena Schwarzmüller, Badstraße 8 a, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss
- g) Frau Lea Saßnowski, Kramstraße 11, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Werksausschuss GML
- h) Herrn Julius Baur, Neustadter Straße 3a, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Schulträgerausschuss
- i) Frau Lea Saßnowski, Kramstraße 11, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Sozialausschuss
- j) Frau Lea Heidbreder, Vogesenstraße 20, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Bauausschuss
- k) Frau Hannah Trippner, Trappengasse 14, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Kulturausschuss
- l) Frau Jennifer Follmann, Kirchstraße 45, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Umweltausschuss
- m) Frau Magdalena Schwarzmüller, Badstraße 8 a, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Kulturausschuss
- n) Herrn Hans Peter Thiel, Bauerngasse 36, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Sportausschuss
- o) Herrn Hans Peter Thiel, Bauerngasse 36, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Bauausschuss
- p) Herrn Aydin Tas, Marktstraße 90, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Bauausschuss
- q) Herrn Armin Schowalter, August-Croissant-Straße 46, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Bauausschuss
- r) Herrn Armin Schowalter, August-Croissant-Straße 46, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat EWL
- s) Herrn Hermann Demmerle, Am Jagdstock 40, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Umweltausschuss
- t) Herrn Hans Peter Thiel, Bauerngasse 36, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Aufsichtsrat Klinikum Landau-Südliche Weinstraße GmbH



- u) **Herrn Prof. Dr. Hannes Kopf, Haufenstraße 18, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Aufsichtsrat Klinikum Landau-Südliche Weinstraße GmbH**
- v) **Herrn Klaus Eisold, Godramsteiner Straße 57, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Schulträgerausschuss**
- w) **Herrn Klaus Eisold, Godramsteiner Straße 57, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat Sparkasse Südliche Weinstraße**
- x) **Herrn Aydin Tas, Marktstraße 90, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in das Kuratorium Volkshochschule**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Resolution des Stadtrates zum Ausbau der B 10

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 17. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Man sehe einen Optimierungsbedarf in der Gesamtplanung dieser Maßnahme. Es gebe in dem jetzt betroffenen Streckenabschnitt nur den gesetzlichen Lärmschutz. Ein erhöhter Lärmschutz wäre im Mediationsverfahren der Preis für eine beschleunigte Planfeststellung gewesen. Auch der Ortsbeirat Godramstein habe diese Vorlage mehrheitlich positiv angenommen.

Ratsmitglied Schreiner ergänzte als Ortsvorsteher von Godramstein, dass man eine Mautstelle haben wolle, da man davon ausgehe, dass diese Strecke nach dem Ausbau vermehrt als Transitstrecke genutzt werde.

Ratsmitglied Lerch erinnerte daran, dass dies nicht die erste Resolution zu diesem Thema sei. Die vorliegende Resolution sei für die CDU-Stadtratsfraktion akzeptabel und zeige den hohen Konsens in dieser Frage. Man sollte aber die Energie auf die Dinge verwenden, die man noch beeinflussen könne. So werde der gesetzliche Lärmschutz gewährt, aber nicht mehr. Dies sei ein zentraler Punkt für Landau. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Maier war der Auffassung, dass diese Resolution kein schlechtes Zeichen an die Bürger sei vor allem im Hinblick auf die Forderung nach erhöhtem Lärmschutz. Die Resolution könne insofern eine Signalwirkung haben.

Ratsmitglied Hartmann betonte, dass der vierspurige Ausbau der B 10 mehr Verkehr anlocken werde. Es sei wichtig, hier und heute Position zu beziehen. Das Verbot des LkW-Transitverkehrs sei nämlich von dieser Landesregierung nicht gewollt.

Ratsmitglied Volkhardt unterstrich, dass die FWG-Stadtratsfraktion schon immer anderer Meinung gewesen sei. Der Ausbau der B 10 müsse so schnell als möglich kommen auch aus Sicherheitsgründen. Er sei froh, dass endlich Baurecht bestehe. Die FWG-Stadtratsfraktion lehne die Resolution ab.

Ratsmitglied Dr. Migl fand es bedauerlich, dass die FWG nicht bei der Resolution mitmache. Sie halte die Resolution für eine gute Grundlage. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Silbernagel teilte mit, dass die FDP ebenfalls gegen die Resolution stimme. Dies habe nichts mit der Frage des erhöhten Lärmschutzes zu tun. Diesen halte er ebenfalls für unabdingbar.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja- und 5 Nein-Stimmen:

Der Rat der Stadt Landau erneuert seine ablehnende Haltung zum vierspurigen Ausbau der B 10 und verabschiedet dazu folgende Resolution:

Der Stadtrat fordert

- die Rücknahme des entsprechenden Planfeststellungsbeschlusses, der von einem Ausbau im Straßenquerschnitt RQ 26 ausgeht;



- die Umleitung des europäischen Transitgüterverkehrs über das bestehende Autobahnnetz und ein Transitverbot für den Schwerlastverkehr auf der B 10;
- eine konsequente Überwachung des LkW-Transitverkehrs
- den Aufbau einer stationären Geschwindigkeitsüberwachungsstation zwischen Landau-Nord und Godramstein;
- einen über die gesetzlichen Vorgaben erhöhten Lärmschutz;
- Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV);
- Eine Aussetzung des Teilausbaus der B 10 zwischen Landau-Nord und Landau-Godramstein bis geklärt ist, ob und wann ein Ausbau der B 10 im Abschnitt Rinntal – Annweiler realistisch ist.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Konzept zur Unterbringung und Betreuung von Menschen in prekären Lebenssituationen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 16. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Man habe eine ausgiebige Diskussion geführt. Eine Frage sei gewesen, in wie weit man die Unterkunft in Dammheim hierfür nehme. Man habe die Hinweise aus Dammheim aufgenommen und schlage nun vor, dass man die Unterkunft in Dammheim aus dem Konzept herausnehme. Im Weiteren werde man die Unterkunft im Prießnitzweg als Flüchtlingsunterkunft entwidmen und künftig Obdachlose dort unterbringen. Dort werde man einen Streetworker einsetzen, der die Menschen zu Hilfemöglichkeiten hinführen solle.

Ratsmitglied Lerch war der Meinung, dass dies ein ganzheitlicher Ansatz sei. Es gebe verschiedene Ansatzpunkte mit verschiedenen Lösungsstrukturen wie der Vermeidung solcher Lebenslagen und eine Lösungsstruktur mit einem Streetworker. Die vorliegende Sitzungsvorlage scheine ein abgestimmtes Ergebnis zu sein. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Schowalter erklärte, dass dies eine gute Vorlage sei, die für Entlastung sorgen werde. Es sei dies jetzt ein guter und positiver Weg. Beim ersten Ansatz habe man Bauchschmerzen gehabt. Dass die Verwaltung nach den Beratungen im Ortsbeirat nachgebessert habe, zeuge von der Verantwortlichkeit für Menschen. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Maroc zeigte sich erfreut, dass die Verwaltung das Thema der Obdachlosenunterbringung angehe. Man habe deutlich gemacht, dass man eine Obdachlosenunterkunft in Dammheim für suboptimal halte. Dies habe die Verwaltung nun geändert, so dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde. Was den Einsatz eines Streetworkers betreffe, so hätte man sich eine ganze Stelle gewünscht. Auch halte sie es für angebracht, die Evaluation nicht erst 2021, sondern bereits früher zu machen.

Der Vorsitzende stellte klar, dass es sich um eine ganze Stelle handele.

Ratsmitglied Freiermuth lobte die Verwaltung für die jetzt vorliegende Vorlage. Die im Hauptausschuss und im Ortsbeirat geäußerten Bedenken seien berechtigt gewesen. Mit Sicherheit mache der Einsatz eines Streetworkers Sinn. Wichtig sei ihm, dass man die Mietverhältnisse in Dammheim dann Ende 2021 auch wirklich beende. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl fand es gut, dass man sich dem Thema Obdachlosigkeit annehme und es auch ernst nehme. Es werde eher eine Zunahme der Problematik Obdachlosigkeit geben. Man habe aber große Probleme mit dem Prießnitzweg und sei schon immer gegen die Containerlösung gewesen. Es sei auch nicht nach Alternativen gesucht worden. Sie beantrage eine getrennte Abstimmung der Vorlage, da sie sich mit einem Streetworker anfreunden könne. Die anderen Punkte der Vorlage lehne die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion ab.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er keinen Sinn in einer getrennten Abstimmung sehe, da das Konzept in allen seinen Teilen zusammengehöre.



Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja- und 1 Nein-Stimme:

1. das nachfolgend beschriebene Konzept zur Unterbringung und Betreuung von Menschen in prekären Lebenssituationen,
2. im Nachtragshaushaltsplan 2018 Haushaltsmittel für eine sozialpädagogische Begleitung dieses Personenkreises (Streetworker) einzustellen (zunächst für drei Jahre) und die Beauftragung eines freien Trägers schnellstmöglich in die Wege zu leiten sowie
3. die Unterkunft im Prießnitzweg zukünftig für die Unterbringung von Menschen aus diesem Personenkreis vorzusehen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 16. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja- und 1 Nein-Stimme:

4. Die Widmung des Anwesens Prießnitzweg 7 als Obdachlosenunterkunft.
5. Den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

**Zweckvereinbarung über die Übertragung der Aufgaben der örtlichen
Betreuungsbehörde vom Landkreis Südliche Weinstraße auf die Stadt Landau in der
Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Organisationsabteilung vom 31. Juli 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begrüßte dieses Konzept und die Kooperation mit dem Landkreis. Sorgen mache man sich, ob eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Landkreis nicht zwangsläufig zur Aufgabe der Kreisfreiheit führe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Zustimmung zum Abschluss einer Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Südliche Weinstraße und der Stadt Landau in der Pfalz über die Übertragung der Aufgaben der örtlichen Betreuungsbehörde von dem Landkreis Südliche Weinstraße auf die Stadt Landau in der Pfalz entsprechend dem beigefügten Entwurf zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

Einstufung des Oberbürgermeisters und Bürgermeisters

Oberbürgermeister Hirsch und Bürgermeister Dr. Ingenthron waren gemäß § 22 GemO wegen persönlicher Betroffenheit befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm das älteste anwesende Ratsmitglied Rudi Eichhorn.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Personalabteilung vom 11. Juli 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Eine Höherstufung sei nach 2 Jahren Amtszeit zulässig. Beide seien jetzt 3 Jahre im Amt, so dass eine Höhergruppierung gerechtfertigt sei.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass die Höhergruppierung natürlich nicht sein müsse. Man müsse aber sehen und anerkennen, dass die Stadt eine enorme Entwicklung genommen habe. Und auch nach dieser Erhöhung habe man den preisgünstigsten Stadtvorstand aller pfälzischen Städte. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass man politisch anderer Meinung sein könne, aber der Arbeitseinsatz der beiden sei unbestritten. Daher sei die Erhöhung gerechtfertigt, die SPD-Stadtratsfraktion stimme zu.

Ratsmitglied Hartmann war der Meinung, dass es hier nicht um eine politische Bewertung gehe. Hier gehe es um das Amt, in dem sich keiner der beiden schade. Daher werde die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth hielt die Erhöhung für legitim. Die FWG-Stadtratsfraktion werde zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl entgegnete, dass das Gesetz die Höhergruppierung als Option ansehe, nicht als Muss. Die Intention des Gesetzes sei so zu verstehen, dass eine Erhöhung erst in der zweiten Amtszeit gewünscht sei. Die Stadt spare an vielen Stellen und leiste sich hier eine Luxuserhöhung. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja- und 1-Nein-Stimme:

Es wird zugestimmt, dass mit Wirkung vom 1. Januar 2019

**Herr Oberbürgermeister Thomas Hirsch in die Besoldungsgruppe B 6 und
Herr Bürgermeister Dr. Maximilian Ingenthron in die Besoldungsgruppe B 4**

höhergestuft werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)

Städtischer Grundbesitz; Veräußerung von Grundstücken im Baugebiet DH6 „Alte Bahnhofstraße“ im Stadtteil Dammheim

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 2. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja- und 5 Nein-Stimmen:

dass die acht städtischen Baugrundstücke im Neubaugebiet DH6 „Alte Bahnhofstraße“ in Dammheim zu folgenden Preisen angeboten werden:

- a) Die Teilflächen, die im Bebauungsplan als Bauflächen ausgewiesen sind, werden für 250,00 €/qm veräußert.
- b) Die Teilflächen, die im Bebauungsplan als private Grünflächen ausgewiesen sind, werden für 125,00 €/qm veräußert.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

Städtebauliche Sonderkonditionen – Maßnahmenpaket im Zuge der städtebaulichen Sonderkonditionen in den Jahren 2018-2021 –

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 18. Juli 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Der Goldene Zügel von Bund und Land halte einem hier auf Trab.

Ratsmitglied Hartmann unterstrich, dass nach einem Bürgerbeteiligungsverfahren die Königstraße zurückgestellt und dafür der Weißquartierplatz vorgezogen worden sei. Die dort gefundene Lösung hätte sicherlich schlimmer kommen können. Was aber fehle sei nach wie vor ein Gesamtkonzept für die Innenstadt. Bis alle diese Fragen geklärt seien, lehne man die Bereitstellung weiterer Gelder ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 32 Ja- und 6 Nein-Stimmen:

Nach der erfolgten Vorabinformation in der Stadtratssitzung vom 19. Juni 2018 beschließt der Stadtrat das als Anlage beigefügte städtebauliche Maßnahmenpaket, für welches Fördermittel im Rahmen der städtebaulichen Sonderkonditionen im Zeitraum von 2018-2021 beantragt werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)

Überplanmäßige Ausgabemittel für das Produktkonto 5374.5249 (Abfallrecht, sonstige Aufwendungen für Sachleistungen – Ersatzvornahmen)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 14. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Für das Produktkonto 5374.5249 (Abfallrecht, sonstige Aufwendungen für Sachleistungen – Ersatzvornahmen) wird über den Haushaltsansatz in Höhe von 5.000 € im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2018 in Höhe von 435.000 €, überplanmäßig ein Betrag in Höhe von 265.000 € bewilligt um die erste Abschlagszahlung für die bereits erfolgte Ersatzvornahme zum Rückbau der Brandruine Rheinstraße 34b in Landau bezahlen zu können.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25. (öffentlich)

Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für die Stadt Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 26. Juli 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Die vorliegende Analyse habe man in verschiedenen Gremiensitzungen sehr ausführlich diskutiert. Für das weitere Prozedere gebe es drei grundsätzliche Überlegungen. Erstens werde es keine Änderung des Grundschulbezirkes Queichheim geben, zum zweiten sollen zusätzliche Bedarfe bei den Grundschulen nicht durch Neubauten, sondern durch Anbauten realisiert werden und drittens solle es bei den weiterführenden Schulen keine Baumaßnahmen geben, sondern die Schülerströme im Zusammenwirken mit dem Landkreis verteilt werden.

Ratsmitglied Lerch bedankte sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit und für die Erkenntnisse, die man gewonnen habe. Der Plan sei nötig, da man zu viele unplanbare Variablen habe wie die Entwicklung der Geburtenrate und die Entwicklung neuer Wohngebiete. Es sei nach den Beratungen im Hauptausschuss schon eine gewisse Dynamik hineingekommen. Jetzt seien im weiteren Verfahren natürlich Detailplanungen erforderlich. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Maier lobte die Präsentation des Schulentwicklungsplanes im Schulträgersausschuss. Er sei der Meinung, dass es Sinn mache eher über Anbauten statt über Neubauten nachzudenken. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass seine Fraktion gerne auch über den Zuschnitt der Grundschulbezirke in der Innenstadt reden würde. Wichtig aus seiner Sicht sei es, die Grundschule Queichheim zu erhalten. Insgesamt müsse da aber noch mehr kommen, Schulentwicklung sei mehr als nur Räume. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth hoffte, dass dieser Schulentwicklungsplan nicht nur Makulatur bleibe. Die Berufsbildende Schule beispielsweise habe einen Zuwachs von fast 20 %. Einig sei man sich, dass man die Probleme mit dem Zuwachs durch Anbauten lösen könne. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion zu anderen Schlüssen komme. Sie sei der Meinung, dass man Neubauoptionen durchaus prüfen sollte. Ein Grundschulneubau sollte auch in der Südstadt erfolgen und in der Folge auch die Grundschulbezirke in der Kernstadt verändert werden. Dass der Grundschulbezirk Queichheim unverändert bleibe, begrüße sie. Insgesamt sei Basis für diese Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes die Prognose zu Landau baut Zukunft. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne die Vorlage ab.

Bürgermeister Dr. Ingenthron unterstrich, dass man für Vorschläge offen sei und man alles in den Ausschüssen besprechen könne. Man strebe an, jährlich ein angemessenes Folgegutachten zu beauftragen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja- und 1 Nein-Stimme:

den von der Bietergemeinschaft Reinermann-Matatko & Scharnhorst-Engel vorgelegten Entwurf als Schulentwicklungsplanung 2018 mit einem Ausblick bis zum Jahr 2030 und



beauftragt die Verwaltung, die im Schulentwicklungsplan aufgezeigten Optionen zu prüfen, mit der Schulbehörde abzustimmen und die jeweiligen Kosten zu schätzen.

Auf der Grundlage der bisherigen Beratungsergebnisse wird dabei

- auf eine Änderung des Schulbezirkes Queichheim verzichtet,
- angestrebt, die zusätzlichen Bedarfe im Bereich der Grundschulen nicht durch einen Schulneubau, sondern durch einen Anbau zu decken,
- bei den weiterführenden Schulen keine Erweiterungsbauten zu errichten, sondern in Kooperation mit dem Landkreis Südliche Weinstraße die Schülerströme regionalisiert zu verteilen.

Der Stadtrat trifft auf dieser Grundlage dann die weiteren Entscheidungen.

Der Stadtrat beschließt weiterhin den Schulentwicklungsplan als ein städtebauliches Entwicklungskonzept im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch, um diesen bei künftigen Abwägungsentscheidungen in der Bauleitplanung zu berücksichtigen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 26. (öffentlich)

Sportstättenentwicklungsplanung für die Stadt Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 26. Juli 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Das vorliegende Konzept sei ein schonungsloser Bericht zu den Sportstätten in Landau. Man müsse über das Thema "Sportstadt Landau" intensiver als bisher nachdenken. Das Land betone immer wieder, dass Aufgabe der Stadt rein der Schulsport sei. Alles was man für Vereine tue, sei eine freiwillige Leistung. Vor diesem Hintergrund sei dieser Sportstättenentwicklungsplan eine heftige Herausforderung.

Ratsmitglied Eichhorn erinnerte daran, dass die CDU schon seit Jahren die Erstellung eines Sportstättenentwicklungsplanes gefordert habe. Der vorliegende Plan habe belastbare Basisdaten erbracht. Dies sei eine Selbstverpflichtung für Rat und Verwaltung. Man begrüße das vorliegende Ergebnis als Grundlage für weitere Entscheidungen. Die Quantität unserer Sportstätten sei ausreichend, die Qualität sei besonders bei den Sportplätzen verbesserungswürdig. Hierauf müsse man sukzessive reagieren und eine Rankingliste erstellen. Die Sporthallenkapazität sei nahezu ausgeschöpft. Gerade die permanente Auslastung der Hallen mache es nicht verständlich, dass die Sporthalle West für den Schulsport ausgewiesen sei und nicht auch eine Tribüne gebaut werde, um auch dem Vereinssport gerecht zu werden. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Maier sprach die Neuanlage weiterer Kunstrasenplätze an. Als Stadt dürfe man ja nur Schul- und keinen Vereinssport fördern. Anders sei es, wenn ein Verein tätig werde und einen Platz in Eigenregie baue. Dann könne die Stadt 40 % der Kosten übernehmen. Dem Sportstättenentwicklungsplan stimme die SPD-Stadtratsfraktion zu.

Ratsmitglied Hartmann stellte fest, dass der Sportplatz bei der BBS weiter für den Schulsport erhalten bleibe. Auch die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Der Vorsitzende bestätigte grundsätzlich, dass Flächen des Sportplatzes für den Schulsport erhalten bleiben, gab aber zu bedenken, dass eine Erweiterung der Thomas-Nast-Grundschule natürlich Flächen benötigen werde.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass es keinen Sinn mache, dass das Land vorschreibe nach Schul- und Vereinssport zu trennen. Die Stadt habe auch eine Verantwortung gegenüber ihren Vereinen. Der Platz bei der BBS sei in einem sehr schlechten Zustand. Nun sei eine Verbesserung des Status Quo vorgesehen. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl sprach von einem sehr ehrgeizigen Plan. Die gesundheitliche Wirkung von Sport sei unumstritten. Man werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Bürgermeister Dr. Ingenthron unterstrich, dass Sport Bewegung sei und somit auch die sportliche Infrastruktur in Bewegung bleiben müsse. Es werde keine Aufgabe von Sportplätzen geben, allerdings werde man sich auf Ertüchtigungen der Plätze konzentrieren. Die Sportplätze in Arzheim und Nußdorf sollen einer anderen Nutzung zugeführt werden. Das Stadion solle insbesondere für die Leichtathleten mit der Errichtung einer Flutlichtanlage ertüchtigt werden.



Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den vom Institut für Sportstättenentwicklung (ISE) vorgelegten Entwurf als Sportstättenentwicklungsplanung 2018 und beauftragt die Verwaltung, die im Sportstättenentwicklungsplan aufgezeigten Optionen zu prüfen und die jeweiligen Kosten zu schätzen. Der Stadtrat trifft auf dieser Grundlage die weiteren Entscheidungen.

Der Stadtrat beschließt weiterhin den Sportstättenentwicklungsplan als ein städtebauliches Entwicklungskonzept im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch, um diesen bei künftigen Abwägungsentscheidungen in der Bauleitplanung zu berücksichtigen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 27. (öffentlich)

Jahnsportplatz;

Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur"

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 22. August 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Für den zu errichtenden Kunstrasenplatz als Ersatz für den Jahnsportplatz habe man die Erwartung gehabt, dass das Land seinen Anteil der Förderung von 130.000 Euro bei einem städtischen Anteil von 830.000 Euro bezahle. Im Moment diskutiere man mit dem Land über die Notwendigkeit dieses Platzes. In den ersten Augusttagen habe uns nun ein aktuelles Förderprogramm des Bundes erreicht. Mit diesem Programm könnten bis 31. August 2018 Anträge eingereicht werden, mit dem Ziel einer 90%-igen Förderung von finanzschwachen Kommunen. Das GML habe bereits ein Konzept erarbeitet, mit dem man mehr machen könnte als bisher geplant. Man könne den Kunstrasenplatz bauen wie geplant. Zusätzlich könne man zwischen Sporthalle und Kunstrasenplatz ein Gebäude errichten, das an die Halle andocke. Dort könne man Toilettenanlagen unterbringen, einen Geräteraum einbinden und eine mobile Tribüne mit Blick in die Halle integrieren. Diese Variante würde 1,9 Millionen Euro kosten. Bei einer Bundesförderung von 90 % hätte man dann einen städtischen Anteil von 190.000 Euro. Ob man eine Chance habe, müsse man sehen. Sollte dies gelingen, wäre das ein großer Wurf.

Ratsmitglied Dr. Bals unterstrich, dass dieser Kunstrasenplatz eine unendliche Geschichte sei. In den letzten 10 Jahren komme es jetzt zum dritten Mal kurz vor der Realisierung zu Schwierigkeiten. Es sei den Mitgliedern des Fördervereins nur noch schwer zu vermitteln, warum jetzt das Land wieder alles hinterfrage. Der jetzt vorliegende neue Plan mit einem Gesamtkonzept sei eine Bereicherung. Wenn dies so käme, würde der Förderverein die angesparten 50.000 Euro als Spende dazugeben. So könne aus der unendlichen Geschichte am Ende eine werden unter Motto "Ende gut, alles gut". Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Maier lobte die vom Gebäudemanagement vorgestellten neuen Pläne. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme natürlich zu.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass es sich um ein gutes Konzept handle, dem die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimme.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass das ganze schon ein wenig was von Schilda habe. Nichtsdestotrotz sei der Vorschlag sinnvoll. Ein ganz wichtiger Punkt sei, dass die Gelder hier zeitnah kommen würden. Auch die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl stimmte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

die Beantragung einer Förderung für die Sanierung des Jahnsportplatzes in Gestalt eines Kunstrasenplatzes sowie eines Nebengebäudes als Anbau an die neue Turnhalle West im neuen Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 28. (öffentlich)

Bebauungsplan "MH3, Im Frohnacker - 1. Teiländerung" in Mörzheim; Aufstellungs- und Offenlagebeschluss gem. Baugesetzbuch (BauGB)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 12. Juli 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass es hier zwar um Mörzheim gehe, es aber Auswirkungen auf ganz Landau habe. Dies sei eine sinnvolle Nachverdichtung ohne allzu großen Flächenverbrauch.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet der Gemarkung Mörzheim (Flurstücke 561/6, 561/7, 561/8, 561/9, 561/11, 561/12, 561/13, 561/14, 561/15, 561/16, 561/18, 561/19, 561/20, 561/21, 561/22, 561/23, 561/24, 561/25, 561/26, 561/27, 561/28, 561/29, 561/30, 561/31, 561/32, 561/33, 561/34, 561/35, 561/36, 561/37, 561/50, 561/51, 561/52, 561/53, 561/54, 561/55, 561/57, 561/58, 561/59, 561/63, 561/64, 561/65, sowie teilweise die Flurstücke 561/10, 561/17, 561/38, 561/66, 561/72, 576/3) wird der Bebauungsplan „MH3, Im Frohnacker – 1. Teiländerung“ aufgestellt. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf zum Bebauungsplan „MH3, Im Frohnacker – 1. Teiländerung“ inkl. aller erforderlichen Unterlagen zu erarbeiten und die Offenlage zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 29. (öffentlich)

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „C 38, Annweilerstraße 17“; Aufstellungsbeschluss gemäß Baugesetzbuch

Ratsmitglied Eisold war gemäß § 22 GemO befangen und nahm an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 31. Juli 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die Diskussion der letzten Wochen sei um die Frage gegangen, wie man studentisches Wohnen bewerte. Es habe viele Gespräche gegeben zwischen Investor, Studierendenwerk und auch den Fraktionen miteinander und untereinander. Seine Wahrnehmung sei, dass es auf allen Seiten eine gewisse Bewusstseinsbildung gegeben habe. Es sei allen Beteiligten offenbar bewusst, dass es sich um ein wichtiges Projekt für die Stadt handle. Die Firma Aldi habe nochmal klargestellt, dass sie am Konzept 100 % studentisches Wohnen festhalten wolle.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass dieses Thema in den letzten Tagen Wellen geschlagen habe. In der Intention der Maßnahme sehe er einen großen Konsens. Auch die CDU-Stadtratsfraktion sehe es im Grunde positiv unter der Prämisse, dass sich der Bau in die Umgebung einpasse. Er erinnere daran, dass die Sozialquote auch mit einer Initiative der CDU gewesen sei. Man dürfe aber nicht nur nach den Buchstaben der Regelung gehen, sondern müsse den Inhalt betrachten. Ein reiner 25%-Blickwinkel sei daher ein verengter Blickwinkel. Man habe hier ein Angebot, mit dem die Wohnungsnot bei Studenten reduziert werden könne. Hier sollte man nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Das hier vorliegende Gesamtpaket sei für die CDU-Stadtratsfraktion zustimmungsfähig.

Ratsmitglied Schwarzmüller erklärte, dass dies ein begrüßenswertes Bauvorhaben sei. Man brauche Wohnraum für Studierende, dies sei wichtig und notwendig. Die durchaus richtige Quote mache in diesem Fall keinen Sinn. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Hartmann unterstrich, dass dies ein gutes und sinnvolles Projekt der Nachverdichtung sei. Man kritisiere, dass die Stadtverwaltung für die 0%-Ausnahme ohne Rücksprache mit den Fraktionen grünes Licht gegeben habe. Seine Fraktion habe sich veranlasst gefühlt, in der Bauausschusssitzung kritisch nachzufragen. Die Fragen seien von der Stadtverwaltung bis heute nicht beantwortet, die Sitzungsvorlage sei unverändert geblieben. Bei der Quote gehe es im Kern um möglichst günstige Mieten für möglichst viele Landauer. Ein starkes Argument des Investors sei zweifellos, dass man hier ein Pilotprojekt mache und dafür nur einen Partner wolle. Die Auswahlkriterien des Studierendenwerkes seien sehr stringent. Er glaube, dass es hier eine Chance geben könnte, für günstigen Wohnraum für alle. Vorbehaltlich eines städtebaulichen Vertrages zwischen der Stadt und Aldi und einer Vereinbarung zwischen Aldi und dem Studierendenwerk könne die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen. Unabhängig von diesem Projekt sei das Studierendenwerk Vorderpfalz unterversorgt gegenüber den vergleichbaren Studierendenwerken etwa in Koblenz, Trier, Mainz oder Kaiserslautern. Deshalb sollte man gemeinsam an das Land appellieren, Geld für weitere Projekte beizusteuern.

Ratsmitglied Freiermuth war der Auffassung, dass man durch den Blick auf Details den Blick fürs Wesentliche verlieren könne. Eine Quotierungsrichtlinie, die ihre Berechtigung habe, mache nicht überall Sinn. In diesem Fall mache sie keinen Sinn. Wenn man ein großes Angebot an Wohnungen habe, dann beeinflusse dies die Miete.



Die FWG-Stadtratsfraktion lege Wert darauf, dass die Grünfläche mit den Bäumen erhalten bleibe. Dieses Projekt mache definitiv Sinn. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl stellte einen großen Nachholbedarf an Wohnheimplätzen für Studenten in Landau fest. Der Aspekt der Nachverdichtung sei ihr sehr wichtig. Insgesamt aber sei die Diskussion der letzten Tage nicht umsonst gewesen. Sie appelliere an den Investor, nicht das höchste Niveau bei der Ausstattung der Wohnungen anzusetzen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage ebenfalls zu.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erklärte, dass dieses Projekt verdammt wichtig für Landau sei. Es sei für dieses Projekt der richtige Ort und die richtigen Partner. Man habe es sich nicht leicht gemacht, sei aber jetzt auf dem richtigen Weg. Der Anteil der Bafög-Empfänger in den Studentenwohnheimen des Studierendenwerkes liege in Landau bei gerade mal 22 %. Man sollte die Quote angesichts solcher Zahlen nicht wie eine Monstranz vor sich hertragen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet der Gemarkung Landau wird unter der Maßgabe, dass die Grünfläche westlich der Zufahrt weitgehend von Bebauung und Stellplätzen freigehalten wird, der vorhabenbezogene Bebauungsplan „C 38, Annweilerstraße 17“ gemäß § 12 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 1 BauGB aufgestellt. Der Aufstellungsbeschluss wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage des Geltungsbereichs und des Vorentwurfs des Vorhaben- und Erschließungsplanes vorzunehmen.
3. Die Verwaltung wird mit der Vorbereitung des gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB mit dem Vorhabenträger vor Satzungsbeschluss abzuschließenden Durchführungsvertrags beauftragt.
4. Dem Antrag auf Ausnahme/ Abweichung von der Quotierungsrichtlinie für geförderten Mietwohnungsbau wird unter der Maßgabe, dass die in der Begründung genannten Studierendenwohnungen realisiert werden, zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 30. (öffentlich)

Fortschreibung Einzelhandelskonzept 2018 der Stadt Landau in der Pfalz

Ratsmitglied Höhlinger war gemäß § 22 GemO befangen und nahm an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 17. Juli 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es sei das Ziel, weiterhin ein gutes Handelszentrum zu sein. Mit der Sortimentsliste habe man bisher gute Erfahrungen gemacht. Ein Knackpunkt sei jetzt die Frage der Innenstadtrelevanz des Fahrradhandels oder ob man diesen für die Peripherie öffnen solle. Man habe den Kompromiss erarbeitet, erstmals in 3 Jahren eine Fläche von bis zu 800 qm Verkaufsfläche für den Fahrradhandel an der Peripherie zuzulassen.

Ratsmitglied Lerch erinnerte daran, dass man schwer um ein solches Einzelhandelskonzept gerungen habe. Es habe sich gezeigt, dass es gut sei dieses Konzept zu haben. Die Erstellung einer innenstadtrelevanten Sortimentsliste halte Geschäfte in der Innenstadt. Die Leerstandsquote sei deshalb im Vergleich zu anderen Städten geringer. Man dürfe sich jetzt aber nicht zurücklehnen. Das, was jetzt vorliege, sei das richtige zu diesem Zeitpunkt. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Maier war der Meinung, dass es Sinn mache, das Einzelhandelskonzept immer wieder zu überprüfen. Der Kompromiss zum Fahrradhandel sei sinnvoll und gut. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass das Einzelhandelskonzept gut und richtig sei, aber keine Hilfe beim Hauptproblem, dem Onlinehandel, sei. Die FWG-Stadtratsfraktion begrüße die Fortschreibung und werde zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass man bisher mit der strengen Sortimentsliste gut gefahren sei. Die Fraktion Pfeffer und Salz wolle den Fahrradhandel nicht ins Gewerbegebiet verlagern. Dies wäre eine Schwächung der Innenstadt und öffne Tore für andere. Daher lehne die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion die Vorlage ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja,- 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen:

1. Das vom Planungsbüro Junker + Kruse, Dortmund, erarbeitete Einzelhandelskonzept 2018 für die Stadt Landau in der Pfalz vom Mai 2018 (Anlage 1) wird als städtebauliches Entwicklungskonzept nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB für die künftige räumliche Steuerung des Einzelhandels und die Sicherung zentraler Versorgungsstrukturen in Landau in der Pfalz beschlossen.
2. Ausweisungen von Sondergebieten für großflächige Einzelhandelsansiedlungen (größer 800 qm Verkaufsfläche) für das Sortiment „Fahrräder und technisches Zubehör“ außerhalb des zentralen Versorgungsbereichs sollen erst nach Ablauf von drei Jahren ab Datum der Beschlussfassung des Einzelhandelskonzeptes 2018 mittels entsprechender bauleitplanerischer Beschlüsse ermöglicht werden.
3. Für nicht großflächige Einzelhandelsansiedlungen (kleiner 800 qm Verkaufsfläche) des Sortiments „Fahrräder und technisches Zubehör“ sollen in gewerblich geprägten Bebauungsplangebieten ebenfalls erst nach Ablauf von drei Jahren ab



Datum der Beschlussfassung des Einzelhandelskonzepts 2018 entsprechende Festsetzungen oder Befreiungen ermöglicht werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 31. (öffentlich)

Quartiersentwicklung „Ufersche Höfe“ in der Landauer Altstadt

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Stadtbauamtes vom 24. Juli 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Das was hier geplant sei, sei ein guter Ansatz für die Stadt.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 32. (öffentlich)

Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH; Jahresabschluss 2017

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 10. Juli 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Man schreibe auch in diesem Jahr wieder ein Defizit in Höhe von rund 130.000 Euro. Dies werde abgedeckt durch den Gewinnvortrag, der immer noch bei 2,6 Millionen Euro liege. Die Perspektive für 2018 sei eine Nullrunde, also kein Defizit zu haben. Es gebe jetzt die Schwierigkeit, dass die eigentlichen Erträge der Energie Südwest dauerhaft nicht mehr sehr hoch sein werden. Daher trage die Stadt künftig wieder das Defizit des Freibades.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 32.1. (öffentlich)

Feststellung des Jahresabschlusses 2017

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 32 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Gesellschafterversammlung der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH zu empfehlen,

- 1. den Jahresfehlbetrag in Höhe von -129.685,35 EUR mit dem Gewinnvortrag aus dem Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 2.799.814,74 EUR zu verrechnen.**
- 2. den Jahresabschluss 2017 der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mit einer Bilanzsumme von 22.727.857,78 EUR und unter Verrechnung des Jahresfehlbetrages von -129.685,35 EUR mit einem Bilanzgewinn von 2.670.129,39 EUR festzustellen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 32.2. (öffentlich)

Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

Oberbürgermeister Hirsch als Geschäftsführer der Stadtholding sowie die Ratsmitglieder Ralf Eggers, Jürgen Doll, Peter Lerch, Susanne Höhlinger, Prof. Dr. Hannes Kopf, Dr. Hans-Jürgen Blinn, Aydin Tas, Lukas Hartmann, Andrea Heß und Hans Volkhardt als Mitglieder des Aufsichtsrates waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Bürgermeister Dr. Ingenthron.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 32 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Gesellschafterversammlung der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH zu empfehlen,

den Geschäftsführern Herrn Thomas Hirsch und Herrn Martin Messemer sowie dem Aufsichtsrat der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 33. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Lerch erkundigte sich, wann die Einwohnerversammlung zum Erfahrungsaustausch bezüglich der Parkregelung im Fliegerviertel geplant sei.

Bürgermeister Dr. Ingenthron entgegnete, dass wegen des anhängigen Klageverfahrens noch kein Termin festgelegt sei.



Die Niederschrift über die 39. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 28.08.2018 umfasst 38 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 727.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter